



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/79 - 5.4.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Der Fall Heinz	S. 1
Belgien wählt am 11. April	S. 3
Kritisches zur europäischen Jugendtagung	S. 5
Bergs Ausscheiden aus der Montan-Union	S. 7
Wortlaut des Aufrufes zum Internationalen Frauentag	

Seltene Spiele um das Amt Blank

(sp) Es gibt neuerdings einen Fall Heinz, und es mag sogar sein, daß es in Bonn ein Dutzend Leute gibt, die ganz genau wissen, was sie sich darunter vorzustellen haben. Sicher ist es nicht.

Sicher ist nur, daß hier ein Spiel im Gange ist und daß es nicht der letzte Sinn dieses Spieles sein wird, Herrn Heinz restlos am Boden zu zerstören.

Es geht nämlich um einen anderen. Einige sagen Heinz und meinen Blank. Was Theodor Blank selbst betrifft, so soll er in diesen Tagen arg nervös geworden sein. Er soll keine rechte Freude mehr an seiner Arbeit haben. Er soll es sogar ziemlich satt haben.

Genügen also einige Spionage- und Spektakel-Geschichten, um den künftigen Verteidigungsminister der Bundesrepublik aus der Ruhe zu bringen? Es scheint so. Das muß nicht gegen Blank sprechen. Es spricht aber gegen die Republik, die ihre Sicherheitsbeauftragten ohne Sicherheit läßt.

Wir haben so viel von der Autorität des Mannes im Palais Schaumburg gehört, aber wir haben noch nicht das starke Wort gehört, das in diesem Fall möglicherweise an Platze gewesen wäre. Stattdessen hat es einen Krieg im Dschungel des Bonner Treibhauses gegeben: Geheimnisvolle Festnahmen, unklare Erklärungen, durchkramte Schränke, Beschattungen, Kripo in Zeitungsredaktionen, Leute, die um Pressenhäuser herumschleichen, Leute des Bundeshauses, die plötzlich hinter Vorhängen stehen, um Gespräche zu belauschen,

Züge und Gegenzüge, Front gegen Front. So sieht es aus.

Es geht offenbar auf den Tag zu, an dem man versuchen wird, Blank dafür verantwortlich zu machen, daß er mit Heinz zusammen gearbeitet hat. Aber dazu wäre einiges zu sagen. Es war nämlich nicht Blank, der diesen Heinz eigestellt hat. Dafür sind andere verantwortlich. Es war Graf Schwerin, der Heinz 1950 nach Bonn holte, und es soll Globke gewesen sein, der dabei geholfen hat. Globke war auch derjenige, der geholfen hat, Heinz wieder aus dem Amt zu entfernen. Warum eigentlich? Hatte man inzwischen Dinge über Heinz erfahren, die man früher nicht wußte?

Seltsame Spiele. Seit vielen, vielen Jahren liegen Bücher vor, die Heinz geschrieben hat. Schon die bloßen Titel sagen einiges. Das eine heißt "Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus". Das andere heißt "Sprengstoff" und hat mit dem Material zu tun, mit dem die Attentäter und Putschisten der ersten Weimarer Jahre zu operieren pflegten. Nun, Heinz ist einige Male in jenen Jahren in Haft gewesen (einmal unter Verdacht der Beihilfe zum Mord an Rathenau) und gelegentlich hat er mit der Zahl der Gefängnisse renommieret, die er in der Weimarer Zeit kennen lernte. Kapp-Putsch, Brigade Ehrhardt, Orgesch, Wiking, Stahlhelm, "Standarte" (national-revolutionäre Zeitschrift), Strasser, frühes Mitglied der NSDAP, später Austritt und noch später offenbar mit Canaris im Widerstand.

Das sind Stationen, nach denen sich das Leben dieses Mannes aufteilen läßt. Sie sagen genug. Hat man das alles nicht gewußt? Hat man es gewußt und ihn trotzdem nach Bonn geholt? Kein Wunder, wenn die Seifon Delmers durch Deutschland reisen und mit Falten auf der Stirn auf ihre Insel zurückkehren. Kein Wunder, wenn die Franzosen immer wieder nervös werden. Haben wir mehr von solchen Figuren in amtlicher Funktion? Wenn ja, dann kann nur dringend empfohlen werden, in aller Eile das Notwendige zu tun - bevor es sich nämlich wieder zum "Fall" verdichtet.

Noch eine Frage: Wer sind eigentlich die Leute, die im Hintergrund stehen und darauf warten, daß der Stuhl von Blank frei wird?

+ + +

Belgien erwartet keinen Erdbeben

pt - Brüssel

Am 11. April wählt Belgien sein neues Parlament, wobei die Kammer vollständig direkt vom Wähler gewählt wird, während ein Drittel der Senatsitze teilweise von den Provinzen, teilweise von den Parteien je nach ihren Stärkeverhältnissen ernannt wird. Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Im Gegensatz zu anderen Ländern - zum Beispiel der Bundesrepublik - wenden sich dabei nicht nur die Parteien an die Wähler, sondern auch die beruflichen, sozialen, genossenschaftlichen und kulturellen Organisationen.

Die sozialistische Partei hat mit den freien Gewerkschaften, den sozialistischen Krankenkassen, den Verbrauchergenossenschaften und einer Reihe sozial-kultureller Frauenorganisationen eine gemeinschaftliche Wahlorganisation geschaffen. Die Christlichsozialen verfügen über den Christlichen Gewerkschaftsbund, den flämischen "Bauernbund", dem eine Reihe von bürgerlichen Genossenschaften angehören, über christliche Krankenkassen und über ein dichtgesponnenes Netz katholischer Frauenvereine. Die dritte große Partei des Landes, die Liberalen, verfügt ebenfalls über eigene Gewerkschaften und Krankenkassen. Die Arbeitgeberorganisationen treten nicht direkt in die Wahlfronten ein - man weiß, daß in ihnen Liberale und Christlichsoziale sich mit Argusaugen dahin bewachen, daß die "Neutralität" gewahrt wird - wenigstens nach außen hin. Ebenso schweigen nach außen hin die sehr starken und einflußreichen Organisationen der ehemaligen Soldaten und Widerstandskämpfer. Die kommunistische Kontrolle, die sich ihrer am Kriegsende bemächtigt hatte, mußte einer wenigstens äußerlichen politischen Neutralität weichen.

Im bisherigen Parlament waren Sozialisten, Christlichsoziale, Liberale, und Kommunisten vertreten. Nur die ersten drei besaßen die gesetzlich vorgeschriebene Abgeordneten- und Senatorenzahl, um Landeslisten aufstellen zu können. Die Kommunisten haben weder eine Landesliste erhalten, noch stellen sie in allen Wahlkreisen Kandidaten auf. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Wähler auf die Kandidaten dieser drei bzw. vier Parteien angewiesen ist. Es gibt eine Anzahl von Splitterparteien. So sind in der Hauptstadt Brüssel nicht weniger als elf Listen angemeldet. Von ihnen sieben außerhalb der vier bisher im Parlament vertretenen Parteien dürfte vielleicht nur eine zum Zug kommen.

aber die anderen werden nutzlos Stimmen sammeln, auf die vor allem die Christlichsozialen und Liberalen gehofft haben.

Die belgischen Sozialisten gehen mit guten Hoffnungen und Ausichten dem Wahltag entgegen. Zwar sind sie in der Außenpolitik gespalten. Der Spaak-Flügel ist ein ebenso fanatischer Anhänger des EVG-Vertrages wie der Flügel Buset-Rollin gegen ihn, aber die Christlichsozialen und die Liberalen sind in dieser Frage ebenso zersplittert. Die Folge ist, daß nur die Kommunisten die Außenpolitik in das Zentrum ihres Wahlkampfes gestellt haben.

Belgiens Sozialisten, als stärkste Oppositionspartei, sind desto stärker auf dem innenpolitischen Feld. Hier liefert ihnen die einmalige Lage, daß die Christlichsozialen mit nur vier Sitzen Mehrheit vier Jahre lang eine Einparteiherrschaft durchführen konnten, das beste Material. Die Liberalen, an Abgeordnetenzahl ein Drittel der Sozialisten, mußten, wenn sie ihre Stärke verbessern wollen, sich der sozialistischen Parole der Beseitigung der christlichsozialen Mehrheit anschließen. Brechung der klerikalen Herrschaft, die die christlichsoziale Regierung im Schulwesen, in der Verwaltung, in der gewerkschaftlichen Sphäre, in der Kongopolitik bedeutete, lautet zusammengefaßt die sozialistische Wahlparole. Die Liberalen waren so sehr genötigt, sich ihr anzuschließen, daß es in der Hochburg der Christlichsozialen, in den Provinzen Limburg und Luxemburg zu einem sozialistisch-liberalen Wahlkartell kam. Daß die Kommunisten sich - ohne gefragt zu werden - diesem Kartell anhängen, ist unwesentlich - es gibt in diesen Provinzen kaum Kommunisten. Wesentlicher ist, daß der Vorstand der sozialistischen Partei eindeutig feststellte, daß keine Bindungen zwischen Kommunisten und Sozialisten bestünden.

Im allgemeinen rechnet man mit einer Beseitigung der christlichsozialen Mehrheit. Zeitereignisse, die heute keine Rolle mehr spielen, wie die Königsfrage, haben im Jahre 1950 den christlichsozialen Sieg herbeigeführt. Völlig ungewiß ist jedoch, ob eine wesentliche Verschiebung in dem Stärkeverhältnis der drei Parteien zueinander stattfinden wird und - von der absoluten Mehrheit abgesehen - zugunsten welcher von dreien. Hier liegt der Schatten der Splitterlisten wie ein Schleier über dem Land. Man weiß, wie die Mitglieder der den drei großen Lagern zugehörenden Organisationen stimmen werden - aber man weiß nicht, wieviel Stimmen durch die Splitterlisten verloren gehen. Belgien hat insgesamt 5,9 Millionen Wähler, davon 3,1 Millionen weiblicher Wähler (die Frauen wählen zum zweitenmal für das Parlament). Sie haben die Auswahl zwischen 1.077 Kandidaten - da spielen schon wenige tausend Stimmen eine Rolle.

Wiener Jammergesang

J.F.-Mainz, Anfang März

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, welchen Sinn eine Versammlung von Vertretern der Politischen Jugend Europas haben mag, wenn bestimmte Themen mit Aussicht auf Erfolg behandelt werden können. Von vornherein sinnlos aber wird die ganze Geschichte, wenn es sich nur um einen Ableger, um eine Miniaturausgabe des Straßburger Europarates handeln soll.

Diesen Eindruck mußte man von der Europäischen Versammlung der Politischen Jugend haben, die vom 26. bis 31. März im Wiener Parlament tagte. Wem nützt der ganze Aufwand und die ganze Aufregung, wenn junge Menschen aus 17 europäischen Ländern zusammenkommen einzig zu dem Zweck, bereits in Straßburg und in den einzelnen Parlamenten bis zum Überdruß diskutierte Themen erneut zu behandeln und fast die gleichen Entschlüsse zu fassen, die der Europarat vorgezeichnet hat?

Deshalb kam es auch bei den Fragen um die Schaffung Kleineuropas und der EVG zu heftigen Kontroversen über die Zweckmäßigkeit dieser Erörterungen. Die sozialistische Jugend Europas hatte der Einberufung einer sogenannten Europäischen Jugendversammlung zugestimmt, weil sie der Meinung ist, daß eine solche Einrichtung wertvolle Beiträge zu jugendpolitischen Fragen leisten könne. Keineswegs aber schwebte ihr dabei vor, hohe Politik in Kleinausgabe machen zu wollen.

Das Ergebnis in Wien war ein Mehrheitsbeschluß, der die Schaffung Kleineuropas befürwortet, von Italien und Frankreich die baldige Ratifizierung der EVG verlangt und auf die "Erfolge" der Montan-Union hinweist - "Wie die Alten sangen, so zwitschern auch die Jungen". Zeitweise verschlug es einem fast den Atem ob des untertänigen Auftretens mancher deutscher Delegierter. So akzeptierten die Vertreter der Jungen Union (CDU) ohne jeden Widerspruch den van Naters-Plan für das Saargebiet als Diskussionsgrundlage - der die Anerkennung der politischen Abtrennung von Deutschland bedeuten würde. Selbst im Blick auf die schweren Nachteile und Rückschläge, die die Montan-Union für das Ruhrgebiet gebracht hat und die sich deutlich in den Feierschichten der Ruhrkumpels zeigen, stimmten die CDU-Vertreter ohne ein Wort der Kritik der Lobeshymne auf die Montan-Union zu. Eine Sprecherin der Deutschen Jungdemokraten (FDP) verkündete feierlich, daß Rußland nur auf Stärke reagiere, und der Vorsitzende der Europäischen Jugend in Deutschland gedachte in bewegten Worten der Opfer, die Frankreichs Jugend in Indochina bringen müsse, ohne den Mut aufzubringen, auch die tausende

junger Deutscher zu erwähnen, die dort als Fremdenlegionäre ihr Leben lassen müssen. Als es darum ging, das Franco-Regime in Spanien zu verurteilen und als Partner der freien Welt abzulehnen, vollführten die christlichen Vertreter geradezu einen Eiertanz. Mit allen Mitteln versuchten sie, eine solche Resolution zu verhindern - was ihnen schließlich auch gelang.

Überhaupt hört für die Junge Union die Europäische Gemeinsamkeit dort auf, wo es nicht mehr um die Durchsetzung ihrer einseitigen klerikalen Bestrebungen geht. Ein von den skandinavischen Delegierten eingebrachter Antrag, der die interkonfessionelle Erziehung, d.h. die Gemeinschaftsschule, fordert, fand den heftigen Widerspruch der deutschen CDU-Vertreter, wurde aber trotzdem mit großer Mehrheit angenommen. Auch bei dieser Jugendversammlung zeigte sich die in solchen Versammlungen schon traditionelle Tendenz, heikle Themen zu übergehen oder mit nichtsagenden Phrasen abzutun.

So blieb den Vertretern der sozialistischen Jugend aus Deutschland nur übrig, mit allem Ernst und in aller Sachlichkeit auf die besondere Lage des zweigeteilten Deutschland und seiner Jugend hinzuweisen. Für die deutsche Jugend bleibe die vorrangigste Aufgabe die Wiedervereinigung. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, unter bestimmten Voraussetzungen auch einen deutschen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit zu leisten, dürfe nichts geschehen, was diese Wiedervereinigung erschweren könnte. - Als der Sprecher der deutschen Jungsozialisten auf die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland hinwies, zeigte sich, wie weit die Verständigungsbereitschaft geht, sofern sie eben nicht auf Kosten Deutschlands vollzogen werden kann: Seine Offenheit stieß auf heftigen Protest.

Was Kleineuropa betrifft, so war Wien eher ein Jammor- als ein Freudengesang. Bei seiner Begrüßungsansprache hatte der österreichische Bundeskanzler Julius Raab auf das Vorbild der Österreichisch-ungarischen Monarchie für die Schaffung Kleineuropas hingewiesen. Was mag das nur für ein Europa werden mit solchen Vorbildern - und welches tragisches Ende wird ihm da prophezeit ...

+ + +

Janaskopf der deutschen Montan-Industrie

(37) Der sonst so redelustige Vorsitzende des deutschen Industrieverbandes, Fritz Berg, hat dieser Tage seine Mitgliedschaft im Beratenden Ausschuss der Montan-Union, wo er die Gruppe der deutschen Stahlverbraucher vertrat, ohne Angabe von Gründen zurückgezogen. Die deutsche Presse nahm kaum Notiz davon, obwohl Zeitpunkt, Umstände und Persönlichkeit des nun arbeitslos gewordenen Montan-Unionmitgliedes eigentlich genügend Anlaß zu einigen Betrachtungen geben könnten. Was veranlaßt Herrn Berg, über einen Schritt zu schweigen, der, wenn er seine Ursache in Arbeitsüberbürdung oder im rein privaten Bereich hätte, doch bekanntgegeben worden wäre? Der Vorsitzende des deutschen Industrieverbandes liebt doch sonst die Publizität ...

Der Rücktritt erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die Auswirkungen der Montan-Union viele zehntausende Bergarbeiter durch Feierschichten und Lohnausfall recht drastisch zu spüren bekommen. Nicht nur Ruhrkampels allein, auch der Siegerländer Erzbergbau, Watenstedt-Salzgitter, leiden unter dem Rückgang der Bergbauproduktion. Die in Bälde bevorstehenden Entlassungen von 60000 Bergarbeitern bedeuten tiefe Einschnitte in das Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes; wenn der Kumpel nichts oder nur sehr wenig verdient oder auf der Straße liegt, dann spürt dies auch der Kaufmann, der Gewerbetreibende und der Landwirt. Und was wiederum im Ruhrgebiet sich abspielt, bleibt politisch und wirtschaftlich nicht ohne folgenschwere Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft.

Die Krisenerscheinungen in der Montan-Union sind nicht allein als "Übergangsschwierigkeiten" zu erklären. Es lag im Aufbau und in der Zielsetzung der Montan-Union, die Folgen von Konjunkturrückgängen zunächst und in allererster Linie auf die deutsche Montan- und Kohlenindustrie abzuwälzen. Herr Berg gehörte seinerzeit zu den eifrigsten Propagandisten der Montan-Union, er pries sie in ungezählten Artikeln und Reden als notwendige Etappe zur Einheit Europas, als ein Mittel der deutsch-französischen Verständigung. Reichlich flossen die Gelder in die Kassen der Koalitionsparteien, auf daß die deutsche Industrie den Anschluß an das Kleineauropa nicht versäume - sie hatte es ja sehr eilig, das wichtigste Volkvermögen, das uns der zweite Weltkrieg noch hinterließ, fremder Verfügungsgewalt zu unterstellen.

Wollte nun der Vorsitzende des deutschen Industrie-Verbandes mit seinem Rücktritt aus der Montan-Union bekunden, daß er sich nun von einer Schöpfung distanziert, die ihn mit zu ihren Vätern zählt? Hält er es noch zu früh oder überhaupt nicht für opportun, seine Gründe der deutschen Öffentlichkeit darzulegen? Will er sich für all' das, was noch über das Ruhrgebiet hereinbrechen kann, ein Alibi schaffen, um dann sagen zu können: Das hat die deutsche Industrie nicht gewollt, für diese Art von Montan-Union ist sie nicht mehr zu haben?

Wie dem aber auch sei, diesmal wird ein Sichdrücken von der Verantwortung über das Schicksal von hunderttausenden Menschen im Ruhrgebiet nicht mehr gut möglich sein. Zu sehr ist die deutsche Stahlindustrie am Entstehen und Wirken der Montan-Union mitschuldig geworden. Diese Mitschuld läßt sich auch nicht durch das Ausscheiden ihres hervorragenden Vertreters aus der Montan-Behörde auslöschen.

Verantwortlich: Peter Rasmann